

Memorandum zur Nahostpolitik des Bundesrats

„Die Neutralität ist ein wichtiges Instrument, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern. Das Neutralitätsrecht verlangt primär, nicht an bewaffneten internationalen Konflikten teilzunehmen und Konfliktparteien gleich zu behandeln. Die Neutralitätspolitik stellt die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität sicher“.

(aus „Prinzipien“, Aussenpolitische Strategie 2020 – 2023)

Einleitung

Die Leitlinien der generellen schweizerischen Aussenpolitik hat der Bundesrat in der „Aussenpolitischen Strategie 2020 – 2023“ zusammengefasst. Diejenigen für den Mittleren Osten und Nordafrika in der „MENA Strategie 2021 – 2024“. Während in der Aussenpolitischen Strategie die Beachtung der „Neutralität“ zu den Prinzipien gehört, findet in der MENA-Strategie die entsprechende „Gleichbehandlung der Konfliktparteien“ keine explizite Erwähnung. In dieser versteht sich die Schweiz lediglich als „neutrale Akteurin ohne koloniale Vergangenheit“ (Seite 3). Die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) sieht in dieser „Differenz“ den wesentlichen Grund, weshalb im israelisch-arabisch-palästinensischen Konflikt, die „Gleichbehandlung der Konfliktparteien“ durch den Bundesrat nicht gelebt wird, und zwar seit Jahrzehnten nicht. Die GSI legt im Folgenden anhand aktueller Beispiele dar, wie verschieden das aussen- und sicherheitspolitische Instrument „Neutralität“ im Zusammenhang mit der Nahostpolitik und insbesondere im Konflikt Israel Palästina interpretiert, gewichtet und angewendet wird. Namentlich im israelisch-palästinensischen Konflikt hat der Bundesrat seit der Amtszeit von Bundesrat Pierre Graber eine Israel gegenüber zusehends „reservierte“ Positionierung vorgenommen. Der Trend hielt auch unter Bundesrat Pierre Aubert an, der vor seinem Amtsantritt Zentralpräsident der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) war, und dauert bis in die heutige Zeit an.

Warum dieses Memorandum?

Die Gesellschaft Schweiz-Israel hat öffentlich und gegenüber den Behörden immer wieder auf diese aus dem neutralen Gleichgewicht geratene Positionierung hingewiesen. Sie machte dies auch gegenüber den jeweils amtierenden Vorsteherinnen und Vorstehern des EDA in Briefen und direkten Gesprächen deutlich, ebenso in Eingaben und in Gesprächen mit Verantwortlichen der früheren Abteilung AMON (heute MENA) sowie der DEZA. Im Wesentlichen ging es immer um die gleichen zwei Bereiche: Um die Frage der Subventionierung von palästinensischen NGOs und das Abstimmungsverhalten der Schweiz in UNO-Gremien. In der Regel wurden die Anfragen der Gesellschaft Schweiz-Israel „in Bern“ oft als störend empfunden sowie hinhaltend, abweisend und vielfach schlicht nichtssagend beantwortet. Insbesondere wurde nie Transparenz über die Motive der Subventionen und deren Höhe hergestellt. Erst als am 2. Juli 2018 in der NZZ ein Artikel unter dem Titel „Viele Finanzflüsse führen nach Palästina“ erschienen war, sind Anzeichen für eine offenere Kommunikationsbereitschaft namentlich des EDA erkennbar. Massgeblich dazu beigetragen hat sicher die gleichzeitig von der NZZ „erstrittene“ erstmalige Veröffentlichung der „Liste der 2017 vom EDA in Israel und im B.P.G. (Besetztes Palästinensisches Gebiet) unterstützen NGO“.

Dieses Memorandum umfasst den Zeitraum von 2017 bis zu seiner Veröffentlichung. Es ist eine Momentaufnahme und sie richtet sich an die derzeit Verantwortlichen für die Umsetzung der MENA-Strategie. Eine Auseinandersetzung mit früheren Entscheidungen und Ereignissen würde nichts mehr bewirken, weil die damals jeweils zuständigen Departements-VorsteherInnen, StaatssekretärInnen und Leiter der Abteilung Mittlerer Osten und Nordafrika AMON (heute MENA) aus ihren Funktionen ausgeschieden sind. Die GSI blickt nach vorne.

Die Gesellschaft Schweiz-Israel darf für sich in Anspruch nehmen, legitimiert auf die unausgewogene Haltung der Schweiz im israelisch-palästinensischen Verhältnis hinzuweisen. Seit ihrer Gründung 1957 tritt sie für die Anerkennung des Existenzrechts und der Souveränität Israels als Staat im Nahen Osten ein, so wie es neuerdings einige Länder in der Region tun. In gleicher Weise hält sie jedoch in ihrem Leitbild fest, *„dass die Zwei-Staaten-Lösung zur friedlichen Regelung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern unabdingbar ist“*. (Das Leitbild befindet sich im Anhang)

Am 2. September 2019 wurde in Luzern die 70 Jahre zuvor erfolgte Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel gefeiert. Seit 1949 entspricht es gängigem diplomatischem Ritual, dass beide Seiten die Beziehungen als „freundschaftlich“ und „vertrauensvoll“ bezeichnen. Gelobt wird jeweils die gute wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Mehrmals wurden die bilateralen Beziehungen jedoch ernsthaft belastet. So etwa nach der israelischen Intervention 2002 im Flüchtlingslager Jenin, oder nach dem Abschluss eines Gaslieferungsvertrags zwischen dem Iran und der Schweiz 2008. 2009 wurde gar der israelische Botschafter zurückgerufen. Grund dafür war das Treffen des damaligen Bundespräsidenten Merz mit dem damaligen iranischen Staatspräsidenten Ahmadinejad in Genf, just zum Zeitpunkt, als weltweit der Opfer des Holocaust gedacht wurde.

3

Irritationen entstanden aber auch zur Zeit der Auseinandersetzung um die „Nachrichtenlosen Vermögen“, oder als der Bundesrat der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz allen Ernstes empfahl, aus eigenen Mitteln eine Stiftung zu errichten, aus der die Sicherheitskosten ihrer Einrichtungen finanziert werden sollen. Sie wurden klein geredet, da sie mit Israel eigentlich nichts zu tun hätten.

Für das Abstimmungsverhalten der Schweiz in UNO-Organisationen, in denen Jahr für Jahr über Israel kritisierende Resolutionen entschieden wird, die praktisch immer von den gleichen Ländern mit fast immer identischem Inhalt eingebracht werden, nutzt man die diplomatische Floskel „wir sind uns einig, dass wir uneinig sind“. Und dennoch: Irritationen und zeitweise Trübungen des Verhältnisses zwischen der Schweiz und Israel sind auch für die Gesellschaft Schweiz-Israel kein Grund, an der beidseitigen Bereitschaft zu zweifeln, sich immer wieder zu verständigen.

Dieses Memorandum ist als Gegenüberstellung angelegt. Es listet auf, welche Zeichen die Schweiz seit 2017 zugunsten der israelischen, und welche zugunsten der palästinensischen Seite gesetzt hat. Aufgezeigt wird, wie der Bund der vom Neutralitätsprinzip geforderten „Gleichbehandlung der Konfliktparteien“ in der Realität nachlebt. Oder diese, wie die Gesellschaft Schweiz-Israel meint, seit Jahrzehnten ausser Acht lässt.

Zeichen für die israelische Seite

1. In der MENA-Strategie 2021 – 2024 wurde zum ersten Mal näher ausgeführt, welche gegenseitigen Prioritäten in der Beziehung mit Israel bestehen. Diese liegen (grundsätzlich) in der Vertiefung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Handel. Diese Entwicklung ist positiv und bezweckt laut EDA, die Beziehungen zu Israel ausgeglichener zu gestalten.
2. Im Rahmen der UN-Institutionen konnten im Laufe der letzten zwei Jahre einige positive Veränderungen festgestellt werden:
 - a) Die Schweiz stellte in der UNO-Generalversammlung ihr Co-Sponsoring von zwei UNO-Resolutionen mit Bezug zu Palästina ein: Zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge und zu den UNRWA-Aktivitäten im Nahen Osten.
 - b) Bei der Beschlussfassung über die Resolution der „Division for Palestinian Rights of the Secretariat“ (DPR) vom 2. Dezember 2020, enthielt sich die Schweiz in der UNO-Generalversammlung nicht mehr der Stimme, sondern lehnte diese ab.
 - c) Die Schweiz leistete in der UNO-Generalversammlung Unterstützung und Co-Sponsoring für zwei israelische Resolutionen: Landwirtschaftliche Technologien für nachhaltige Entwicklung, Unternehmertum für nachhaltige Entwicklung (die Schweiz begann das Co-Sponsoring 2020).
3. In der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien spricht sich die Schweiz regelmässig gegen den arabischen Resolutionsentwurf zu den „Israel Nuclear Capabilities“ (INC) aus. In der Vorstandssitzung der IAEA vom September 2020 verlangte die Schweiz, dass Iran vollständig und unverzüglich mit dem Atom-Abkommen (JCPOA) und dem Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT) kooperiere.
4. In den letzten 4 Jahren reduzierte die Schweiz im UN-Menschenrechtsrat ihre Interventionen im Rahmen von „Item 7“ deutlich. In „Traktandum 7“, werden ausschliesslich angebliche Menschenrechtsverletzungen Israels behandelt, während solche aller übrigen Staaten in „Traktandum 4 / Item 4“ erörtert werden.
5. Obwohl es keine grundlegende Veränderung in der schweizerischen Haltung zur UNRWA gab, sind in der „MENA-Strategie“ vom 14. Oktober 2020 dennoch einige Änderungen enthalten:
 - a) Im Gegensatz zu den Vorjahren genehmigte der Bundesrat diesmal das Budget für die UNRWA nur für zwei Jahre, anstatt für vier, wie bis anhin.
 - b) Als Bedingung für die Erneuerung des Budgets nach zwei Jahren legte die Schweiz fest, dass die UNRWA Reformen unternehmen müsse. So sollen beispielsweise die Schulbücher um Inhalte zur Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus ergänzt werden.
 - c) Im UNRWA-Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats Nantermod (Seite 23), ebenfalls vom 14. Oktober 2020, wird festgehalten: „Die Kritik an ihrer Arbeit (Anm. der UNRWA) ist oftmals Ausdruck des politischen Kontexts, teilweise aber durchaus auch materiell begründet. Die stets steigenden Kosten für eine kontinuierlich wachsende Flüchtlingspopulation sind unbefriedigend....“
6. Die DEZA hat ihre Unterstützung für Islamic Relief Worldwide (IRW) im Mai 2019 eingestellt. Israel legte Beweise für Kontakte zwischen IRW und Terror-Organisationen vor und verlangte die Einstellung der Zahlungen. Die DEZA erklärte, dass sie keine klaren Terror-Verbindungen von IRW gefunden hätte und, dass die Einstellung der Zahlungen aufgrund Auslaufens des Projektes erfolgt sei.

Zeichen für die palästinensische Seite

Abstimmungsverhalten der Schweiz in UNO-Gremien

Linda Thomas-Greenfield, die neue US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, erklärte am 27. Januar 2021 bei ihrer Anhörung im US-Senat: „I look forward to standing with Israel, standing against the unfair targeting of Israel, the relentless resolutions that are proposed against Israel.....“.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über das Abstimmungsverhalten der Schweiz in UN-Gremien seit 2017. Dabei fällt eine einzige rote Markierung auf, die zeigt, dass die Schweiz nur einmal NEIN zu einer gegen Israel gerichteten Resolution oder Entschliessung sagte. In den meisten Fällen befürwortete die Schweiz die Resolutionen, oder enthielt sich der Stimme.

Die Tabellen zeigen eine Auswahl von wiederkehrenden (in der Regel jährlich) Resolutionen und Entschliessungen, die de facto „automatisiert“ den jeweiligen Gremien vorgelegt werden: Fast jede Resolution beinhaltet ritualhaft den Auftrag für einen neuen Bericht für die nächste Sitzungsperiode. Allfällige Änderungen am Resolutionstext sind marginal. Die Berichte enthalten die Daten und Zahlen des jeweiligen Berichtsjahres.






5

Erläuterung zur Auswahl der UN-Gremien

Die vier Tabellen umfassen Resolutionen und Entschliessungen von

- General Assembly
- Human Rights Council
- World Health Organization
- Economic and Social Council

Farbschlüssel Abstimmungsverhalten Schweiz:

-  Zustimmung
-  Ablehnung
-  Enthaltung
-  keine Resolution
-  Nicht stimmberechtigt

Erklärung «CH-Beteiligung» in den Tabellen (jeweils 3. Spalte v.l.)

Unter «CH-Beteiligung» ist die deklarierte Unterstützung der Schweiz vor der Abstimmung für die Resolution als «Sponsor» festgehalten. Ein Land macht damit deutlich, dass es den eingereichten Resolutionsentwurf unterstützt, ev. beteiligt sich das Land auch an Verhandlungen für Änderungen und/oder Anpassungen der zur Abstimmung gelangenden Version.

General Assembly (GA)

Tabelle 1

Resolutionen	Resolution	CH-Beteiligung	2017	2018	2019	2020
The occupied Syrian Golan	angenommen	keine				
Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem and the Occupied Syrian Golan	angenommen	Sponsor seit 2015				
Division for Palestinian Rights of the Secretariat	angenommen	Sponsor seit 2018				
The right of the Palestinian people to self-determination	angenommen	Sponsor seit 2018				
Operations of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East	angenommen	Sponsor seit 2017+18				
Motion on two-thirds majority (Activities of Hamas and other militant groups in Gaza)	angenommen	keine				
Activities of Hamas and other militant groups in Gaza	abgelehnt, 2/3-Mehrheit verfehlt	keine				

Human Rights Council (UNHRC)

Tabelle 2

Resolutionen	Resolution	CH-Beteiligung	2017	2018	2019	2020
Ensuring accountability and justice for all violations of international law in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem	angenommen	Sponsor seit 2017				
Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem	angenommen	keine				

World Health Organization (WHO)

Tabelle 3

Resolution	Resolution	CH-Beteiligung	2017	2018	2019	2020
Health conditions in the occupied Palestinian territory, including east Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan	angenommen	keine				

Economic and Social Council (ECOSOC)

Tabelle 4

Resolutionen	Resolution	CH-Beteiligung	2017	2018	2019	2020
Situation of and assistance to Palestinian women	angenommen	keine				
Economic and social repercussions of the Israeli occupation on the living conditions of the Palestinian people in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the Arab population in the occupied Syrian Golan	angenommen	keine				

Details zu den einzelnen Resolutionen

Nachfolgend sind die einzelnen Resolutionen aus den Tabellen 1 bis 4 aufgeführt, geordnet nach den einzelnen UNO-Gremien. Die Darstellung umfasst den Titel, das Datum der Annahme oder Ablehnung und den Link zum entsprechenden Dokument.

Tabelle 1 GA

- **The occupied Syrian Golan**

Resolution adopted by the Economic and Social Council on 14 September 2020

<https://www.un.org/unispal/document/situation-of-and-assistance-to-palestinian-women-ecosoc-resolution-e-res-2021-5/>

- **Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem and the Occupied Syrian Golan**

Resolution adopted by the General Assembly on 10 December 2020

<https://www.un.org/unispal/document/israeli-settlements-in-the-opt-including-east-jerusalem-and-the-occupied-syrian-golan-ga-resolution-a-res-75-97/>

- **Division for Palestinian Rights of the Secretariat**

Resolution adopted by the General Assembly on 2 December 2020

<https://www.un.org/unispal/document/division-for-palestinian-rights-ga-resolution-a-res-75-21/>

- **The right of the Palestinian people to self-determination**

Resolution adopted by the General Assembly on 16 December 2020

<https://www.un.org/unispal/document/the-right-of-the-palestinian-people-to-self-determination-ga-resolution-a-res-75-172/>

- **Operations of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East**

Resolution adopted by the General Assembly on 10 December 2020

<https://www.un.org/unispal/document/operations-of-the-united-nations-relief-works-agency-for-palestine-refugees-in-the-near-east-ga-resolution-a-res-75-94/>

- **Motion on two-thirds majority (Activities of Hamas and other militant groups in Gaza)**

Motion adopted by the General Assembly on 29 November 2018, in favour: 75; no: 72; abstaining: 26

- **Activities of Hamas and other militant groups in Gaza**

Resolution failed by the General Assembly on 29 November 2018, In favour: 87; no: 57; abstaining: 33 (The Assembly had voted to apply the two-thirds majority requirement for the adoption; the draft resolution was not adopted)

<https://www.un.org/unispal/document/activities-of-hamas-and-other-militant-groups-in-gaza-ga-draft-resolution/>

Erläuterung „2/3-Mehrheit“

Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen in der Regel der einfachen Mehrheit. Für «wichtige Fragen», die in der Geschäftsordnung aufgelistet sind, ist eine 2/3-Mehrheit vorgeschrieben. Zusätzlich kann ein Land den Antrag stellen (es gilt das einfache Mehr), dass auch für ein anderes Geschäft das qualifizierte Mehr anzuwenden sei. Dieser Fall ist bei der oben erwähnten «Hamas»-Resolution eingetreten. In der Folge erreichte die eigentliche Resolution zwar eine einfache Mehrheit, aber verfehlte das qualifizierte Mehr. Die Resolution war damit abgelehnt.

https://www.un.org/Depts/german/pdf/a520rev17_geschaeftsordnung.pdf

Tabelle 2 UNHRC

- **Ensuring accountability and justice for all violations of international law in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem**
Resolution adopted by the Human Rights Council on 19 June 2020
<https://www.un.org/unispal/document/ensuring-accountability-and-justice-for-all-violations-of-international-law-in-opt-including-east-jerusalem-hrc-43rd-session-resolution-a-hrc-res-43-3/>
- **Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem**
Resolution adopted by the Human Rights Council on 22 June 2020
<https://www.un.org/unispal/document/human-rights-situation-in-opt-including-east-jerusalem-hrc-43rd-session-resolution-a-hrc-res-43-32/>

Tabelle 3 WHO

- **Health conditions in the occupied Palestinian territory, including east Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan**
Adopted by the Human Rights Council on 13 November 2020
[https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA73/A73\(32\)-en.pdf](https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA73/A73(32)-en.pdf)

Tabelle 4 ECOSOC

- **Situation of and assistance to Palestinian women**
Resolution adopted by the Economic and Social Council on 14 September 2020
<https://www.un.org/unispal/document/situation-of-and-assistance-to-palestinian-women-ecosoc-resolution-e-res-2021-5/>
- **Economic and social repercussions of the Israeli occupation on the living conditions of the Palestinian people in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the Arab population in the occupied Syrian Golan**
Resolution adopted by the Economic and Social Council on 14 September 2020
https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=E/RES/2021/4

Eine generelle Anmerkung zum jeweiligen Verweis auf «Resolutionen des Sicherheitsrats»

Nahezu alle Resolutionen in der GA und in ihren Unterorganisationen verweisen auf eine Sicherheitsrats-Resolution. Häufig sind die Sicherheitsrats-Resolutionen Jahrzehnte alt und werden als Argumentation verwendet, obwohl zum damaligen Zeitpunkt die heutige Situation nicht Gegenstand der Diskussion sein konnte. Bei der Verwendung von «alten» Sicherheitsrats-Resolutionen zur Begründung wiederkehrender Resolutionen, die auf neue Entwicklungen reagieren (sollten), stellt sich die Frage, ob sie im Sinn der Legitimation oder doch eher des Missbrauchs betrachtet werden sollten. Es entsteht der Eindruck, dass die auch vom EDA verwendeten Hinweise auf völkerrechtlich bindende Sicherheitsrats-Resolutionen missbräuchlich für politisch motivierte, einseitige Israel-Verurteilungen in der GA und den Unterorganisationen „verwendet“ werden.

Finanzielle Unterstützung von palästinensischen Institutionen und NGO's

Unter dem Titel „Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen in Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit“ erschien am 29. Januar 2020 ein Bericht des Bundesrates. Die Publikation erfolgte in Erfüllung einer Motion von Nationalrat Christian Imark vom 26. April 2016 und einem Postulat von Nationalrat Hans-Ulrich Bigler vom 25. September 2018.

Die nachfolgend aufgeführte Liste ist vollumfänglich dem genannten Bericht entnommen. Er zeigt die 69 (inkl. 3 als «vertrauliche» ausgewiesene Projekte) seitens des Bundes finanziell unterstützten palästinensischen und israelischen Institutionen und NGOs. Für 2017 wurde ein Gesamtbetrag von CHF 6 965 275.– ausgewiesen.

Nicht enthalten in den nachfolgenden Aufstellungen sind die Beiträge, welche die Schweiz jährlich an die UNRWA entrichtet.

Aufstellung der Beiträge aus dem Bericht des Bundesrats vom 29. Januar 2020

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Israelische Organisationen						
1	Abraham Fund Initiative	Wirksame Vereinigung der fortschrittlichen jüdischen und arabischen Kreise sowie Förderung öffentlicher Massnahmen, um eine vollständige rechtliche Gleichstellung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Israel zu erreichen.	6'571	Projekt	F	194'922
2	Adalah	Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte der palästinensischen Minderheit in Israel, einschliesslich der Beduinen im Negev. Rechtsberatung und Vertretung von Palästinenserinnen und Palästinensern, die der israelischen Gerichtsbarkeit unterliegen.	116'036	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	G	

11 Die verwendeten Abkürzungen entsprechen den folgenden thematischen Schwerpunkten: F = Friedensförderung und Konfliktprevention; MR = Menschenrechte und Schutz; G = Grundversorgung und wirtschaftliche Entwicklung; M = Migration.

12 Im Vergleich zu 2017 hat die Schweiz 2019 folgende anderen NGO für Projekte der internationalen Zusammenarbeit unterstützt:

- Israelische/Palästinensische Organisationen (Beiträge in CHF): Al Tufula (52 681); Hand in Hand (55 000); I'lam (24 007); Ir Amim (90 000); Refugee Rights Clinic (50 000); The Alliance for Israel's Future (97 850); Zo'i (3905).
- Internationale oder Drittstaatorganisationen (Beiträge in CHF): Dear Foundation (600 000); Médecins Sans Frontières (1 000 000); Swisspeace (100 000).

Für in der Regel auf ein Jahr befristete Kleinprojekte – z.B. Kulturprogramme, Veranstaltungen, Konferenzen – haben 2019 folgende israelische und palästinensische Organisationen Beiträge erhalten: Annahda Women's Association (10 000 USD); Arab Center for Alternative Planning (8470 CHF); Beit Hagefen (8332 CHF); Center for a New American Security (2850 CHF); Isha L'Isha Haifa Feminist Center (11 295 CHF); Filmlab (10 000 USD); Kayan (19 939 CHF); Parents against Child Detention (8471 CHF); REFORM (20 000 CHF); Ritaj Solutions (5000 USD); Sareyyet Ramallah (10 000 USD); Theatre Days El Hakawati (11 000 CHF); PPAN: Performing Arts is a Right (119 484 CHF); Red Crescent Society for Gaza Strip (40 912 CHF); Tishreen (8466 CHF).

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Israelische Organisationen						
3	Akevot	Verbesserung des öffentlichen Zugangs zu einschlägigen und freigegebenen Dokumenten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und der israelischen Besetzung, die in den Archiven der israelischen Regierung aufbewahrt werden. Bedeutender Beitrag im Bereich Vergangenheitsarbeit.	60'000	Projekt	F	73'924
4	Bimkom	Förderung der Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel, einschliesslich der Beduinen, im Bereich der Raumplanung, namentlich durch die Beseitigung von diskriminierenden Praktiken gegenüber der palästinensischen Bevölkerung.	99'194	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	MR	22'226
5	Breaking the Silence	Sensibilisierung der israelischen Zivilgesellschaft für die problematischen Aspekte der israelischen Besetzung des palästinensischen Gebietes durch Bildungsmassnahmen, öffentliche Kampagnen, Lobbying und Anwaltschaft.	106'671	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	F	201'400
6	B'Tselem	Dokumentation und Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und Forderung von politischen Veränderungen zur Beendigung der militärischen Besetzung des B.P.G. durch Israel.	66'601	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	MR	75'367
7	Center for International Migration and Integration	Berufsbildung und Beschäftigungsprojekt für junge Asylsuchende in Israel.	12'300	Kleinaktion	M	
8	Emek Shaveh	Erhaltung des kulturellen Erbes und des pluralistischen Charakters von Jerusalem sowie Berücksichtigung der Forderungen der Stadtbewohnerinnen und -bewohner in diesem Bereich.	72'000	Projekt	F	69'000
9	Gisha	Beendigung der Isolation des Gazastreifens und Förderung der Rechte der dortigen Bevölkerung, insbesondere des Rechts auf Bewegungsfreiheit als Voraussetzung für die Wahrnehmung anderer Grundrechte.	54'407	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	MR	74'000
10	HaMoked	Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenserinnen und Palästinenser, mit den Schwerpunkten Recht auf Bewegungsfreiheit, Aufenthaltsrecht in Ost-Jerusalem, Strafmassnahmen gegen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Rechte der Inhaftierten.	69'498	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	340'156
11	Human Rights Defenders Fund	Rechtsberatung für Menschenrechtsverteidiger/innen, die wegen ihrer Aktivitäten in Israel oder im B.P.G willkürlich verhaftet oder strafrechtlich verfolgt werden.	69'635	Projekt	MR	56'000
12	Arab Association for Human Rights	Schutz und Förderung der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, zivilen und politischen Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel. Beim unterstützten Projekt geht es insbesondere um die Situation der palästinensischen	28'000	Projekt	MR	
13	Israel Aids Task Force	Aids-Prävention in Gemeinschaften von Asylsuchenden und Flüchtlingen.	5'570	Kleinaktion	M	
14	Kuchinate	Unterstützung des African Refugee Women's Collective, das Asylbewerberinnen eine handwerkliche Ausbildung ermöglicht und ihnen psychosoziale Hilfe anbietet.	10'600	Kleinaktion	M	
15	Molad	Sensibilisierung der israelischen Öffentlichkeit für die negativen wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Folgen der Besetzungs- und Siedlungspolitik und die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung.	60'000	Projekt	F	

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Israelische Organisationen						
16	Negev Coexistence Forum for Civil Equality	Förderung eines politischen Umdenkens gegenüber den Beduinen durch eine Sensibilisierung der lokalen und internationalen Öffentlichkeit sowie der politischen Akteure für die Situation der beduinischen Bevölkerung im Negev/Naqab.	79'887	Projekt	MR	64'382
17	Peace Now	Überwachung und Analyse des Siedlungsbaus im Westjordanland und in Ostjerusalem.	66'141	Projekt	F	
18	Physicians for Human Rights	Schutz des Rechts auf Gesundheit der unter israelischer Besetzung lebenden palästinensischen Bevölkerung sowie von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Israel.	66'324	Projekt und Kernbeitrag via Sekretariat	M	206'371
19	Public Committee Against Torture in Israel	Bekämpfung der Anwendung von Folter in Israel und im B.P.G. durch Rechtshilfeangebote und Dokumentation von Folterfällen.	29'077	Kernbeitrag via Sekretariat	G	
20	Refugee Rights Clinic	Rechtsberatung für Asylsuchende und Flüchtlinge in Israel und Schulungen zum Flüchtlingsrecht.	40'000	Projekt	M	50'000
21	Terrestrial Jerusalem Project	Inventar und Beschreibung von heiligen und religiösen Stätten in Jerusalem mit dem Ziel, diese Informationen zur Konfliktprävention zu nutzen. Gespräche mit religiösen Führern, um den pluralistischen Charakter Jerusalems hervorzuheben und der religiösen Radikalisierung entgegenzuwirken.	60'000	Projekt	F	
22	The Hotline for Refugees and Migrants	Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Engagement gegen ein Gesetz («Deposit Law»), das Asylsuchende benachteiligt und gegen das Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge verstösst.	8'570	Kleinaktion	M	
23	The Institute for National Security Studies	Teilnahme von zwei Schweizer Experten an einem Workshop über eine israelisch-palästinensische Konföderation.	1'520	Kleinaktion	M	
24	UNITAF	Ausbildung von Migrantinnen in der Gesundheitsversorgung von Kindern.	11'070	Kleinaktion	M	
25	Yesh Din	Förderung der Einhaltung des Rechts in Bezug auf Gewalttaten jüdischer Siedler.	28'497	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Palästinensische Organisationen						
26	Addameer Prisoner Support and Human Rights Association	Schutz der Rechte palästinensischer politischer Gefangener und palästinensischer Häftlinge in den Gefängnissen in Israel und im B.P.G.	28'063	Kernbeitrag via Sekretariat	G	139'347
27	Accountability for Violence against Children Association	Schutz und Betreuung von Kindern, die Opfer von Gewalt wurden, sowie Prävention von Gewalt gegen Kinder.	19'524	Kleinaktion	G	
28	Aid Watch	Stärkere Einhaltung der Verpflichtungen der internationalen Geber im Rahmen der Hilfe für die Palästinenserinnen und Palästinenser, insbesondere die Unterstützung für den Wiederaufbau des Gazastreifens.	87'704	Kleinaktion	MR	
29	Al-Dameer Association for Human Rights	Förderung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und des Verbots von Folter in Gaza.	14'879	Kernbeitrag via Sekretariat	G	62'342
30	Al Mezan Center for Human Rights	Förderung der Menschenrechte in Gaza durch Forschung, Rechtsberatung und Sensibilisierungskampagnen.	24'933	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	
31	Al-Haq	Fokus auf die Übernahme internationaler Menschenrechtsstandards in die palästinensischen Gesetze und Politiken. Bereitstellung einer Fachbibliothek für Völkerrecht für die Öffentlichkeit. Spezieller Konsultationsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO.	69'498	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	
32	Al Hoash	Kulturprojekt, das 42 Kunstschaffenden die Möglichkeit gibt, ihre Werke auf einem Weihnachtsmarkt auszustellen und Kontakte zur Privatwirtschaft zu knüpfen.	11'055	Kleinaktion	G	
33	Al Shabaka	Erstellung politischer Analysen und Ausarbeitung von Strategien, die der Reform der palästinensischen Regierungsführung dienen und zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht der palästinensischen politischen Führung beitragen.	47'000	Projekt	F	55'787
34	Applied Research Institute Jerusalem	Förderung der nachhaltigen Entwicklung im B.P.G: angewandte Forschung im Bereich der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen.	80'309	Projekt	MR	24'005
35	BADIL – Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights	Schutz und Förderung der Rechte von palästinensischen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.	27'889	Kernbeitrag via Sekretariat	M	
36	Culture and Free Thought Association	Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen in Gaza (nichtformale Bildung, psychosoziale Unterstützung, Entwicklung künstlerischer Fähigkeiten usw.).	512'126	Projekt	G	358'354
37	Defense for Children International	Fokus auf die Rechte des Kindes und die Arbeit des Nationalen Komitees für Jugendgerichtsbarkeit.	58'748	Kernbeitrag via Sekretariat	G	

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Palästinensische Organisationen						
38	Democracy and Workers' Rights Center in Palestine	Verteidigung der Rechte palästinensischer Arbeitnehmender und Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit im B.P.G.	27'773	Kernbeitrag via Sekretariat	G	
39	Gaza Community Mental Health Program	Angebot an Dienstleistungen im Bereich psychische Gesundheit in Gaza, namentlich für psychisch kranke Frauen, Jugendliche und Kinder.	513'762	Kernbeitrag	G	658'065
40	Hayat Center for women's legal research	Unterkünfte für Frauen in Gaza, mit einem besonderen Fokus auf sexuelle Gewalt gegen Frauen.	12'592	Kleinaktion	G	6'526
41	Hope Flowers	Zusammenarbeit zwischen israelischen und palästinensischen Fachkräften im Bereich der Betreuung von Kindern mit Behinderungen.	Zahlungsaufschub bis 2018	Kleinaktion	F	1'232
42	IBHAR	Förderung junger Menschen in Gaza mittels künstlerischer Aktivitäten, die die Schwierigkeiten der Jugendlichen thematisieren.	17'430	Kleinaktion	G	
43	Jahalin	Unterstützung der beduinischen Gemeinschaften, namentlich durch die Förderung beduinischer Frauen.	9'637	Kleinaktion	G	
44	Masarat	Initiative für einen innerpalästinensischen Dialog, der Ideen und konkrete Massnahmen für eine Wiederaufnahme eines glaubwürdigen Dialogs zur Aussöhnung zwischen den wichtigsten palästinensischen Gruppen bringt.	47'158	Projekt	F	
45	MIFTAH – The Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy	Schaffung demokratischer Grundlagen im B.P.G und Förderung einer verantwortungsvollen Gouvernanz, namentlich durch Politiken, die die Bedürfnisse von Frauen, Jugendlichen und Minderheiten berücksichtigen.	35'597	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	175'917
46	Nawa for Culture and Arts Association	Schaffung eines geschützten Raums für Kinder und Eltern in Gaza mit einem Bildungsangebot und soziokulturellen Aktivitäten.	56'716	Projekt und Kleinaktion	G	308'652
47	Palestinian Centre for Human Rights	Gazastreifen: Schutz der Menschenrechte, Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Achtung der demokratischen Grundsätze.	66'601	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	334'971
48	Palestinian Circus School	Ausbildung junger Menschen im Westjordanland in Zirkuskunst (Kulturförderung und Jugendbeschäftigung).	6'910	Kleinaktion		
49	Palestinian NGO Network	Koordinierende Organisation des NGO-Sektors im B.P.G. Das unterstützte Projekt zielt insbesondere auf die Verbesserung der palästinensischen Gesundheits-, Landwirtschafts- und Bildungspolitik ab.	19'998	Projekt	MR	159'625

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Palästinensische Organisationen						
50	Palestinian Working Women Society for Development	Präsenz im Westjordanland und im Gazastreifen: Förderung der Geschlechtergleichstellung, Beratungsangebote und psychologische Unterstützung.	35'567	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	
51	Pal Think for Strategic Studies	Institutionalisierung der Aktivitäten der palästinensischen Zivilbevölkerung und Schaffung einer ständigen Plattform für die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für eine nationale Versöhnung einsetzen.	49'070	Projekt	F	100'000
52	Press House Palestine	Beitrag zur Entwicklung eines unabhängigen, kritischen und professionellen palästinensischen Journalismus, der sich an den Grundsätzen der Meinungsfreiheit und der Demokratie orientiert.	87'700	Projekt	MR	97'518
53	The A.M. Quattat Foundation	Förderung einer gerechten, freien und toleranten Gesellschaft durch Bildungs- und Kulturaktivitäten für Kinder, Lehrkräfte und junge Kunstschaffende.	223'217	Projekt	G	200'033
54	The Jerusalem Legal Aid & Human Rights Center	Engagement für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser in Ost-Jerusalem, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Recht auf Wohnraum.	33'192	Kernbeitrag via Sekretariat	G	156'804
55	Women Affairs Technical Committee	Förderung der politischen Teilhabe der palästinensischen Frauen, insbesondere der marginalisierten Frauen, der Frauen aus ländlichen Gebieten und der Flüchtlingsfrauen.	25'702	Kernbeitrag via Sekretariat	G	
56	Women Studies Center	Forschung, Ausbildung von Frauen, Rechte und Schutz von Mädchen und Kindern.	27'107	Kernbeitrag via Sekretariat	G	
57	Women's Centre for Legal Aid and Counselling	Schutz und Förderung der Rechte von Frauen im Rahmen internationaler Mechanismen und Normen.	66'601	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	341'114
58	Women's Affairs Center	Verteidigung der Anliegen der Frauen in Gaza, namentlich in den Bereichen sexuelle und häusliche Gewalt, Erbschaft und Schutz in Konfliktsituationen.	54'576	Kernbeitrag via Sekretariat	MR	

Nr.	Name der NGO	Aktivitäten	Betrag 2017 (CHF)	Art der Unterstützung	Thematischer Schwerpunkt ¹¹	Betrag 2019 (CHF) ¹²
Israelisch-palästinensische Organisation						
59	Geneva Initiative	Die Genfer Initiative ist ein detaillierter und wohlüberlegter Vorschlag für eine dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Zweistaatenlösung. Seit 2015 befasst sich die Genfer Initiative mit dem Thema Vergangenheitsarbeit.	387'311	Kernbeitrag und Projekt	F	246'571
Internationale Organisationen oder Organisationen von Drittstaaten						
60	Association of International Development Agencies	Koordinierungsmechanismus zwischen den mehr als 80 im B.P.G. tätigen internationalen NGO mit dem Ziel, die Wirkung der von ihnen geleisteten humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken.	230'000	Projekt	MR	22'771
61	Diakonia	Förderung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Israel und im B.P.G. Das Projekt unterstützt insbesondere das International Humanitarian Law Resource Centre (IHLRC) in Jerusalem.	261'479	Projekt	MR	496'928
62	Islamic Relief Palestine	Projekt zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen in Gaza.	25'255	Projekt	G	303'963
63	NIRAS	Für die Leitung und Koordination des Sekretariats für Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht zuständige Beratungsagentur.	92'707	Mandat	MR	
64	Norwegian Refugee Council	Humanitäres Programm in Gaza für den Schutz von Binnenvertriebenen. Das unterstützte Projekt zielt darauf ab, die Beteiligung von Vertriebenen an lokalen Entscheidungsprozessen zu erhöhen und ihren Zugang zu kommunalen Dienstleistungen zu erleichtern.	525'751	Projekt	G	
65	Oxfam GB	Agroökonomische Entwicklung im Westjordanland. Ziel des Projekts ist ein besserer Zugang der Bauern zu den lokalen Märkten.	1'243'979	Projekt	G	570'000 (Oxfam international)
66	Oxfam IT	Agroökonomische Entwicklung im Westjordanland. Ziel des Projekts ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und folglich mehr Einkommen im Agrarsektor.	331'773	Projekt	G	
Im Jahr 2017 an die 66 NGO gezahlter Betrag			6'725'058			
Im Jahr 2017 gezahlter Betrag an die drei vertraulichen Projekte (s. Antwort des Bundesrates auf die Frage Reimann 18.5518 sowie den Jahresbericht 2018 der Geschäftsprüfungskommissionen und der Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte, Ziff. 4.11)			240'217			
Gesamthilfe im Jahr 2017 für 69 NGO			6'965'275			

Gesamtbeitrag 2019

Der Gesamtbetrag für 2019 war im Bericht des Bundesrats nicht ausgewiesen. Basierend auf dem Anhang «7.1 Liste der 2017 vom EDA in Israel und im B.P.G. unterstützten NGO» des Berichts, werden deshalb nachstehend alle geleisteten Beiträge zusammengezogen. Integriert wurden auch die in der Fussnote 12 des Dokuments aufgeführten zusätzlichen Beiträge für das Jahr 2019. Die Unterscheidung dieser Beiträge, ob für palästinensische oder israelische Organisationen, wurde auf der Basis des Sitzes der jeweiligen NGO vorgenommen. Die Beiträge sind in Schweizer Franken (CHF) aufgeführt. Festzuhalten ist, dass die Beiträge an palästinensische Organisationen, doppelt so hoch sind, wie jene an israelische Organisationen, da die „vertraulichen Projekte“ mit grosser Wahrscheinlichkeit ausschliesslich palästinensischen Organisationen zufließen. Festzuhalten ist überdies, dass die Beiträge an „Internationale Organisationen oder Organisationen von Drittstaaten“, fast ausschliesslich Projekten in Gaza und im Westjordanland zugutekommen.

Vergleichende Zusammenfassung der Beiträge in den Jahren 2017 und 2019

	2017	2019	+/- in %
Israelische Organisationen	1'228'169	1'507'239	+ 22,8
Palästinensische Organisationen	2'398'634	2'703'369*	+ 12,7
Israelisch-palästinensische Organisation	387'311	246'571	- 35,8
Internationale Organisationen oder Organisationen von Drittstaaten	2'710'944	3'093'662	+ 14,1
Vertrauliche Projekte (gemäss Bundesrat)	240'000	unbekannt	-

*4 Beiträge, die in USD ausgewiesen wurden, sind zum Kurs von 1:1 in CHF einberechnet

Finanzielle Beiträge an die UNRWA 2017 – 2020

Die Schweiz leistet seit 1951 finanzielle Beiträge an die UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten). Die Unterstützung wird in drei Bereichen gewährt: Grundbeitrag, Projektbeiträge und Hilfsappelle sowie Nahrungsmittelhilfe. Letzterer Punkt spielt seit 1998 keine Rolle mehr.

In den Jahren 2017 bis 2020 bewegen sich die Gesamtzahlungen zwischen 23 und 26 Mio. Franken pro Jahr. Die Angaben basieren auf dem Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 18.3557 von Nationalrat Philippe Nantermod vom 14.06.2018 «UNRWA: Rückblick und Ausblick nach 70 Jahren». Zusätzlich wurden die jährlichen Beiträge für die definierten Berichtsperioden beim EDA angefragt. Die Beträge sind in Schweizer Franken (CHF) angegeben.

UNRWA Jahresbeiträge	2017	2018	2019	2020*)
Grundbeitrag (Core contributions)	21.5 Mio.	23 Mio.	20 Mio.	20 Mio.
Projekte und Hilfsappelle	1.6 Mio.	3 Mio.	5 Mio.	5.5 Mio.
Total	23.1 Mio.	26 Mio.	25 Mio.	25.5 Mio.

*Zahlen 2020 sind noch provisorisch

Schlussbemerkungen

Die Gesellschaft Schweiz-Israel „fördert Projekte und Initiativen in Israel, die dem israelisch-arabisch-palästinensischen Dialog für Frieden, Verständnis, gegenseitigen Respekt und Koexistenz dienen“, so festgehalten in ihrem Leitbild (siehe Anhang). Sie begrüsst ebenso das humanitäre Engagement der Schweiz im Mittleren Osten und in anderen Regionen der Welt. Sinn dieses Memorandums ist es nicht, die einzelnen Beiträge an die rund 70 NGOs zu qualifizieren. Auch wenn ihr bewusst ist, dass einige der in der vorstehenden Liste aufgeführten „Israelischen Organisationen“ in Israel selbst Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen sind. Es ist hier auch nicht der Ort, um an jene dem EDA, der MENA und der DEZA bestens vertrauten Fälle zu erinnern, die zu kritischen Nachfragen (auch in den Eidg. Räten) zur realen Verwendung der Gelder oder zu Aktivitäten von Exponentinnen und Exponenten dieser NGOs und der UNRWA geführt haben.

Die Gesellschaft Schweiz-Israel will aber festhalten, dass im Bericht des Bundesrats zu den Vorstössen Imark und Bigler, lediglich auf einer Seite (Seite 9) „Einige Resultate der Zusammenarbeit mit NGO“ summarisch beschrieben sind. Anspruch und Wirklichkeit scheinen erheblich auseinander zu liegen. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Organisationen seit Jahren Unterstützung des Bundes erhalten, müsste doch eine wahrnehmbare Verbesserung der offiziellen bilateralen und der zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Konfliktparteien zu konstatieren sein. Davon kann aber auch bei wohlwollender Betrachtung nicht gesprochen werden. Wobei es unerheblich ist, welche der beiden Seiten dafür Verantwortung trägt, dass es seit Jahren zu keinen nennenswerten Fortschritten im Friedensprozess gekommen ist. Tatsache bleibt, dass Jahr für Jahr beträchtliche Mittel des Bundes in einen faktischen Stillstand investiert werden.

Betrachtet man die in diesem Memorandum einander gegenüber gestellten „Zeichen für die israelische Seite“ und die „Zeichen für die palästinensische Seite“, dann ist evident, wie überdeutlich sich die Schweiz im israelisch-palästinensischen Konflikt für die palästinensische Seite positioniert. Dies zeigt sich, wie dargelegt, sowohl im Abstimmungsverhalten der Schweiz in UN-Gremien, als auch in den höchst unterschiedlichen Finanzflüssen. Diese einseitige Positionierung widerspiegelt dieses Memorandum.

Fazit

Die eingangs erwähnte, seit Jahrzehnten spürbare „Reserviertheit“ der Schweiz gegenüber Israel, ruft nach einer offenen, selbstkritischen Überprüfung der bisherigen Ausrichtung der Nahostpolitik des Bundes, und zwar in allen mit der Nahostpolitik befassten Departementen und Abteilungen. Sie ist unumgänglich. Diese Erwartung bringt die Gesellschaft Schweiz-Israel mit diesem Memorandum zum Ausdruck. Denn die vergangene, wie die aktuelle nahostpolitische Ausrichtung steht in keiner Weise im Einklang mit dem in der „Aussenpolitischen Strategie 2020 – 2023“ formulierten neutralitätsrechtlichen Prinzip der „Gleichbehandlung von Konfliktparteien“.

Anhang:

Leitbild der Gesellschaft Schweiz-Israel

Die politisch und religiös unabhängige Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) wurde 1957 von Frauen und Männern gegründet, die das Weiterbestehen des Staates Israels für gefährdet hielten. Sie erinnerten sich an die Zeit zwischen 1933 und 1945, in welcher das jüdische Volk Schrecken und Vernichtung ausgeliefert war, und waren sich des Versagens der Behörden bewusst, als es darum ging, damalige jüdische Flüchtlinge in unserem Land aufzunehmen. Die Gründung der GSI setzte ein unmissverständliches Zeichen: Solches Leid darf dem jüdischen Volk nie mehr widerfahren, es muss im Staat Israel, der Heimat des jüdischen Volkes, sicher leben und sich entwickeln können.

Diese Verpflichtung und dieser Auftrag haben für die GSI unveränderte Gültigkeit. Und das umso mehr, als ungeachtet des unfassbaren Grauens der Schoa, Antisemitismus und Auschwitz-Leugnung auch in der Schweiz Realität sind. Der Einsatz gegen Antisemitismus ist für die GSI gelebte Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz.

Seit Israels Staatsgründung im Jahre 1948 konnte kein Frieden im Nahen Osten erreicht werden, war und ist Israels Existenzrecht immer wieder in Frage gestellt. Ungelöst ist bis heute insbesondere der Konflikt zwischen Israel und seinen palästinensischen Nachbarn.

Als Freundschaftsgesellschaft mit dem Volk und dem Staat Israel verbunden, lässt sich die GSI heute in ihrer Arbeit deshalb von folgenden Grundgedanken leiten:

- Sie setzt sich vordringlich für die nachhaltig gesicherte Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel als Heimstätte des jüdischen Volkes durch alle Staaten und die palästinensische Behörde ein, damit die Menschen in Israel endlich in Frieden leben können.
- Sie fördert Projekte und Initiativen in Israel, die dem israelisch-arabisch-palästinensischen Dialog für Frieden, Verständnis, gegenseitigen Respekt und Koexistenz dienen.
- Sie unterstützt die israelische Position „Land gegen Frieden“, die für Israel Voraussetzung für die Aufgabe von Siedlungen ist und damit die Schaffung eines demokratischen Staates Palästina in Westjordanland und im Gazastreifen ermöglicht. In diesem Kontext verlangt sie den Verzicht auf den Anspruch nach vollständiger Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nach Israel, welcher implizit das Ende Israels als jüdischer Staat bedeuten würde. Die GSI hält die Zwei-Staaten-Lösung zur friedlichen Regelung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern für unabdingbar.
- Sie ist keiner politischen Richtung, Partei oder jeweiligen Regierung in Israel verpflichtet. Diese Unabhängigkeit gibt ihr die Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs mit israelischen Institutionen und Persönlichkeiten über politische, gesellschaftliche und kulturelle Vorgänge.
- Als Freundschaftsgesellschaft fördert die GSI nicht nur den politischen Dialog zwischen der Schweiz und Israel. Indem sie für ein besseres Verständnis für die Anliegen Israels in der breiten Öffentlichkeit und gegenüber schweizerischen Behörden eintritt, unterstützt sie gleichermassen den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch zwischen der schweizerischen und israelischen Bevölkerung. Dies insbesondere durch öffentliche Veranstaltungen, Stellungnahmen und Publikationen, durch Jugendaustausch und Studienreisen. Die Durchführung öffentlicher Anlässe gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Sektionen der GSI.

(27. Mai 2018)